

Datum: 05.04.2009 - 23.31 Uhr

Quelle: <http://www.op-online.de/nachrichten/egelsbach/solo-geborenen-gesellschafters-137174.html>

## Das Solo des „geborenen Gesellschafters“

**Egelsbach - Die Meldung von der Übernahme des Flugplatzes durch die US-Firma NetJets ist gerade mal eine Woche alt, da versetzt eine neue Hiobsbotschaft die Fluglärmgegner in hellen Aufruhr: Die Reglementierungen des Flugplatz-Betriebs im Gesellschaftervertrag von 1998 – landläufig als Protokollnotizen bezeichnet – sind nicht mehr gültig. Stattdessen gilt ein neuer Gesellschaftervertrag.**

Gefasst wurde er vor anderthalb Wochen – einen Tag nach der Sondersitzung der Gemeindevertretung, die NetJets den Weg zum Kauf von 80-Prozent der Flugplatz-Anteile ebnete. Bestandteile des neuen Gesellschaftervertrags sind der „Flugplatz-Entwicklungsvertrag“ zwischen den Altgesellschaftern und NetJets sowie der „Flugplatz-Betriebsvertrag“ mit den separaten Vereinbarungen zwischen der weltgrößten Geschäftsfluggesellschaft und der Gemeinde Egelsbach.

Die Tatsachen stimmen – das hat Bürgermeister Rudi Moritz den Vertrauensleuten des Bürgerbegehrens schriftlich bestätigt. Mehr noch: Er hat mit seiner Unterschrift am 25. März dazu beigetragen, sie zu schaffen, weil der alte Gesellschafterbeschluss nur einstimmig geändert werden konnte. „Dazu bin ich laut Hessischer Gemeindeordnung befugt“, betont Moritz. „Der Bürgermeister ist der geborene Gesellschafter.“

„Von wegen“, kontern der Grünen-Fraktionschef Harald Eßer und Günther de las Heras von der Fluglärm-Abwehrgemeinschaft (FLAG-E). Für sie steht fest: „Moritz hat zum wiederholten Mal einen nicht nachvollziehbaren, für Egelsbach schädlichen Alleingang hingelegt.“ Der Bürgermeister habe

auch das zweite Hauptziel des Bürgerbegehrens verraten, monieren BI und Grüne. „Erstes Ziel war, den Verkauf an NetJets zu verhindern – da hat man uns ausgetrickst“, so de las Heras. „Und die Protokollnotizen als größtes Faustpfand für unser zweites Ziel, die Verhinderung des Ausbaus, gibt der Bürgermeister einfach aus der Hand. Ohne Not – und vor allem ohne Legitimation des Gemeindevorstands. Auf Basis des neuen Gesellschaftervertrags, in dem garantiert kein Verbot der Pistenverlängerung zu finden sein wird, kann NetJets schalten und walten, wie es will.“

Eine Analyse, die weitgehend zutrifft – wie ausgerechnet ein Mitglied des Gemeindevorstands bestätigt. „Nicht nur ich bin stocksauer“, betont der Erste Beigeordnete Hans-Jürgen Rüter. „Und ich sage es in aller Deutlichkeit: Der Gemeindevorstand war nicht informiert, hat das Handeln des Bürgermeisters in keinsten Weise legitimiert und wird dies auch nachträglich nicht tun. Falls doch, trete ich sofort zurück.“

Er sei nach wie vor der Meinung, dass der Verkauf des Flugplatzes an NetJets die beste Lösung ist, betont Rüter. „Aber das Vorgehen des Bürgermeisters ist für mein Verständnis eine grobe Missachtung der Bürgerbegehren, ein Vertrauensbruch gegenüber den vier anderen Mitgliedern des Gemeindevorstands und nicht durch die Hessische Gemeindeordnung zu rechtfertigen. Wir werden den Hessischen Städte- und Gemeindebund zur Überprüfung einschalten“, kündigt der Erste Beigeordnete an.

Rudi Moritz indes sieht sich nicht nur juristisch, sondern ebenso inhaltlich unantastbar: „Der neue Flugplatz-Gesellschaftervertrag schützt die Bürger mindestens so wie der alte, eher noch mehr.“